

Medienmitteilung
(169 Wörter, 1353 Zeichen)

Frontalangriff auf die Wirtschaftsfreiheit

Die Linken fordern mit ihrer neuen Initiative «Kein Lohn unter 23 Franken» einen kantonalen für alle Branchen geltenden Mindestlohn. Umgerechnet entspricht dies einem Monatslohn von ca. CHF 4'100 (ohne Berücksichtigung eines 13ten!).

Die Initianten verkennen einmal mehr die Realitäten in einer funktionierenden Marktwirtschaft. Das Geld zum Ausgeben muss von Unternehmen zuerst verdient werden und ist nicht einfach vorhanden. Mindestlöhne können in Einzelfällen, in einzelnen Gebieten und in einzelnen Branchen gerechtfertigt sein, jedoch beschränken solche Eingriffe stets die verfassungsmässig garantierte Wirtschaftsfreiheit und sind deshalb immer sehr restriktiv anzuwenden.

Ein wie in der Initiative geforderter flächendeckender Eingriff in die freie Marktwirtschaft ist auf das Schärfste abzulehnen! Eine aufgezwungene Kostensteigerung dieser Grössenordnung würde eine markante Abwanderung von Unternehmen in die Nachbarkantone zur Folge haben. Die Mittelstands-Vereinigung Basel fordert, dass in Basel-Stadt das Umfeld für ein gesundes Unternehmertum wieder mehr gefördert wird anstatt alle Möglichkeiten auszuloten, wie die Zitrone noch mehr ausgepresst werden kann.

Remo Ley
Präsident
Mittelstands-Vereinigung Basel
061 511 52 52
info@mittelstand-basel.ch